

(Abgeordneter Brodauf.)

(A) Namentlich wird er auch den Universitätsprofessor v. Listz an der Berliner Hochschule als eine Autorität mit anerkennen müssen, der über die juristischen Grundlagen des Falles im Reichstage eine ganz andere Meinung in sehr objektiver Weise dargelegt hat. Meine Herren! Die Sympathien für Herrn Oberst v. Reuter sind zu verstehen, und wir würden alle unter den vorliegenden Umständen eine Begnadigung verstanden haben, aber eine Freisprechung stand doch hier auf sehr dünnen Rechtsgrundlagen. Der Oberst v. Reuter ist gewiß eine sympathische Figur, und ich gestehe ohne weiteres ein, daß wir stolz darauf sein können.

(Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Wenn wir im Kriege lauter so energische und schneidige Offiziere haben, wie sich der Oberst v. Reuter erwiesen hat, kann das Vaterland allerdings getrost in die Zukunft blicken. Aber dem Obersten v. Reuter ist eben ein grundlegender Irrtum passiert. Er hat Elsaß-Lothringen als Feindesland angesehen und behandelt. Jeder an seinem Plage und jedes Vorgehen an seinem Plage! Sein Vorgehen war hier aber jedenfalls ein zu weitgehendes. Wir sind allerdings der Meinung, daß man wegen der Zaberner Vorgänge nicht einseitig das Zivil belasten soll, sondern wir sagen: „Die Schuld liegt da an beiden Teilen.“

(B) Und wenn jetzt viel mit der Freisprechung des Obersten v. Reuter operiert wird, dann möchte auch einmal darauf hingewiesen werden, daß der Kreisdirektor Wahl vom Disziplinargerichte ebenfalls freigesprochen worden ist. Es hat sich in keiner Weise nachweisen lassen, daß er es an dem Nötigen habe fehlen lassen.

Meine Herren! In Sachsen ist ja an einen Konflikt, wie er in Elsaß-Lothringen leider in die Erscheinung getreten ist, nicht zu denken. Die Beziehungen zwischen Militär und Zivil sind hier erfreulicherweise die denkbar besten. Aber doch hat es nicht bloß eine theoretische Bedeutung, wenn wir hier einmal an die Regierung die Frage stellen: „Wie stellt sie sich zu der Gültigkeit der Kabinettsorder vom Jahre 1820?“ Die Freisprechung in Straßburg ist ja auf die alte ausgegrabene eben erwähnte Kabinettsorder gegründet worden, die jedenfalls der Herr v. Forstner nicht gekannt hat; denn er kannte nicht einmal den von ihm unterschriebenen Regimentsbefehl, wonach er das im Elsaß als Schimpfwort angesehene Wort „Wackes“ nicht gebrauchen durfte. Es ist Ihnen nun wohl bekannt, daß die süddeutschen Regierungen von Bayern und Württemberg alsbald Veranlassung genommen haben zu erklären, daß in ihren Ländern eine Berufung auf diese Kabinettsorder oder eine ähnliche ausgeschlossen sei. Auch für Sachsen wäre es nicht bloß von theoretischem

Interesse, die Auffassung der Regierung darüber zu hören, (C) ob sie meint, daß auch hier etwa mit dieser Kabinettsorder vorgegangen werden könnte. Diese Kabinettsorder bedeutet doch im letzten Grunde nichts anderes als eine Bedrohung der staatsbürgerlichen Freiheit.

(Abgeordneter Günther: Sehr richtig! — Abgeordneter Fräßdorf: Sie würde auch schon noch eine finden von August dem Starken!)

Die Vorgänge in Zabern haben gewissen Kreisen Veranlassung gegeben, nach scharfem Vorgehen zu rufen, und man wünscht da eine Gewaltpolitik, sagen wir, wie sie gegenüber den deutschen Stammesbrüdern in Ungarn ausgeübt wird oder von der russischen Regierung gegenüber den Deutschen in den russischen Ostseeprovinzen. Leute, die — mit Recht — unsere deutschen Stammesbrüder dort gegen die Unterdrückung in Schutz nehmen, wünschen in Elsaß-Lothringen ein ebenso rigoroses Vorgehen gegenüber denjenigen, deren deutsche Stammeszugehörigkeit zweifelhaft ist, gegenüber dem Teile der elsässischen Bevölkerung, der nun einmal französischen Charakters ist. Meine Herren! Eine derartige Scharfmacherei ist nach unserem Dafürhalten nicht am Plage, und wir möchten die Gelegenheit hier benutzen, um unsere Meinung der Regierung gegenüber zum Ausdruck zu bringen, daß wir wünschen, (D) daß im Bundesrate gegen solche übertriebenen Scharfmachereien Stellung genommen wird. Auch wir verlangen ein scharfes Vorgehen gegen alle Versuche von außen, namentlich von Frankreich her, in Elsaß-Lothringen eine deutschfeindliche Stimmung zu erhalten und zu züchten, auch wir halten da rücksichtsloses Vorgehen für geboten. Aber wir wollen im übrigen keine Zwangserziehung der Elsässer, soweit sie nun einmal noch eine gemischte, zum Französischen hinüberneigende Kultur haben. Eine Zwangserziehung zur deutschen Kultur halten wir für durchaus verfehlt. Wir wollen keine Elsaß-Lothringer, die sich als Unterworfenen fühlen mit geballter Faust in der Tasche, sondern wir wollen die Elsaß-Lothringer innerlich an das Deutsche Reich heranzubringen versuchen.

(Sehr gut! bei der Fortschrittlichen Volkspartei.)

Dazu gehört eine zielbewußte Politik. Ein Fehler unserer elsäß-lothringischen Politik ist ja immer der gewesen, daß sie nie zielbewußt

(Abgeordneter Günther: Zickzack!)

und allen möglichen Schwankungen unterworfen war. Also eine scharfe entschiedene Stellungnahme gegen alle Versuche, die Bevölkerung gegen Deutschland aufzuheizen, aber im